nur zum ersten Male den Weg des internationalen Sozialismus, der gemeinsamen Aktion, der freilich erst nach dem Kriege gangbar werden wird, indem sie die Vereinigung der Arbeiterklassen aller Industrieländer zu dem Zwecke anstrebt, eine internationale Autorität irgendeiner Art einzusetzen, welche die Zuführung von Differenzen zwischen den Staaten an eine Schiedsgerichtsbarkeit und die Aufrechterhaltung des Friedens erzwingen kann. Es ist kaum anders denkbar, als daß diese Autorität nur in der für einen solchen Zweck organisierten Internationale selbst gelegen sein kann. Es ist ebenso sicher, daß diese Internationale nur möglich sein wird, wenn das Proletariat überall sich dem Nationalismus in jeder Form entwunden haben wird. Erst dann wird das Proletariat seine Bestimmung, Schöpfer einer neuen Welt zu werden, aus seiner neuen Gesinnung heraus verwirklichen können und der Weltfriede wird kein bloßes Prunkwort sein, sondern nur ein anderer Ausdruck für die äußere Politik des internationalen Proletariats selbst. Darum wird die neue Internationale organisierter aktiver Pazifismus sein oder sie wird überhaupt nicht sein.

Zwei Schriften zum Umlernen.

Von **K. Kautsky.** (Fortsetzung statt Schluß.)

3. Cunow.

a) Das Elend unserer Philosophie.

Cunow geht in seiner Schrift nicht darauf aus, das Umlernen zu fordern, sondern vielmehr die alten marxistischen Grundsätze zu befestigen, die schon vor dem Kriege erkannt waren. Nicht unsere Partei und ihre Grundsätze seien in dem Kriege zusammengebrochen, sondern nur die Erwartungen und Illusionen einiger Ideologen, die ihre Ideologie fälschlicherweise für Marxismus hielten.

Wie kommen aber dann die Umlerner dazu, sich gerade auf diese Schrift mit so stürmischer Begeisterung zu berufen? Die Illusionen und Erwartungen, die im Kriege zusammenbrachen, waren bis zum Ausbruch des Krieges und noch darüber hinaus die Illusionen und Erwartungen gerade der Umlerner von heute gewesen, der Haenisch usw. Sie teilten sie mit jenen, gegen die sich Cunows Kritik offenbar in erster Linie richtet, den Radek und Julian Borchardt. Jetzt haben sie sich von ihren früheren Freunden losgelöst und sehen in Cunows Broschüre die beste Rechtfertigung dafür.

Das wäre ein sehr harmloses Vergnügen, das niemand zu stören brauchte. Aber sie geben ihre alten Illusionen und Erwartungen nur auf, um sich in neue, weit schlimmere zu stürzen. Und dafür, für diese neue Politik, die sie mit aller Macht verfechten, glauben sie in Cunow ebenfalls einen Schwurzeugen gefunden zu haben. Dafür schreien sie ihn aus, dazu nutzen sie das große, berechtigte Ansehen, das sich Cunow in unseren Reihen erworben hat.

Daß sie das können, ist wohl hauptsächlich dem aphoristischen Charakter seiner Schrift zuzuschreiben. Er wollte populär und kurz sein, wurde aber zu kurz. Auf 36 kleinen Seiten läßt sich die Fülle schwieriger und strittiger Probleme, die er aufwirft, nicht in einer Weise behandeln, die jedes Miß-

verständnis ausschließt. Es ist vielmehr zu fürchten, daß sie dazu beiträgt, neuen Mißverständnissen Tür und Tor zu öffnen. Wir können nichts dringender wünschen, als daß eine zweite Auflage Cunow bald in Stand setzt, die Fragen, die er behandelt, ausführlicher zu erörtern, in einer Weise, die alle Mißverständnisse aus dem Wege räumt. Ich würde mich freuen, wenn es den folgenden Seiten gelänge, ihm einige Anregungen dazu zu geben.

Ein Hauptfehler Cunows besteht darin, daß er nirgends deutlich sagt, gegen wen sich seine Ausführungen eigentlich richten. Im Anfang wendet er sich gegen jene Genossen, deren Opposition gegen die Reichstagsfraktion „immer widerlichere Formen" angenommen hat. Aber von diesen Formen ist im folgenden nicht mehr die Rede — es wäre auch überflüssig, eine wissenschaftliche Untersuchung gegen bloße widerliche Formen zu richten. Nein, später wendet er sich gegen „einen beträchtlichen Teil unserer Parteitheoretiker" (Seite 7), „so manche Marxisten" (Seite 27), „gewisse Ansichten" (Seite 28), „die Qualität der sozialistischen Ideologie zu Beginn des 20. Jahrhunderts" (Seite 37), „ein wesentlicher Teil der Theoretiker" (Seite 38).

Das sind Bezeichnungen, unter denen jeder gerade jene Genossen verstehen kann, die ihm passen oder vielmehr nicht passen. Unmöglich können damit Radek und Borchardt allein gemeint sein. Soll man unter den Kritisierten etwa auch Pannekoek und die Genossin Luxemburg verstehen? Oder gehören auch wir vom „marxistischen Zentrum" dazu?

Das letztere wird mancher Leser annehmen nach den pessimistischen Aeußerungen seines Schlusses über unser „heutiges Theoriengewirr":

„Sehen wir uns nur mal an, wie es um die marxistische Soziologie bestellt ist. Nichts als die allerersten Anfänge, und diese Anfänge sind zu einem großen Teil wert, daß sie recht bald zugrunde gehen." (Seite 37.)

Wie viele der Leser werden herausfinden, daß es sich hier bloß um Cunows Spezialgebiet handelt, für das, außer von Cunow selbst, allerdings nicht viel aus unseren Reihen geleistet wurde? Wird nicht fast jeder unter der „marxistischen Soziologie" den gesamten Marxismus verstehen? Um so mehr, als in der ganzen Schrift von der Soziologie sonst keine Rede ist.

In der Tat wird Cunow selbst etwas bange vor den möglichen Ergebnissen seiner eigenen Darstellung. Er warnt:

„Mehrfach konnte man in letzter Zeit hören: Ach, was nützt alle Theorie; es kommt ja doch immer anders, als die Theoretiker voraussagen! Nichts wäre bedauerlicher, als wenn diese oberflächliche Ansicht in unserer Partei Boden gewänne. Es wäre eine geistige Bankerotterklärung." (Seite 38.)

Aber er plädiert hier nicht zugunsten der Theorie, wie sie besteht, sondern zugunsten einer besseren, die an Stelle der heutigen „Parteitheoretik" zu setzen wäre. Und so könnte man leicht aus der Kritik Cunows den Eindruck gewinnen, sie bedeute eine Bankerotterklärung der bisherigen marxistischen Theorie, was sicher nicht seinen Absichten entspräche.

Da wäre es doch dringend notwendig, statt im allgemeinen von dem „Elend der Philosophie", das bei uns herrscht, zu reden, klar und deutlich jene Theoretiker zu nennen, die er im Auge hat. Sonst könnte er umgekehrt wie Bileam wirken, der auszog, um zu fluchen und damit endete, daß er segnete. Er beginnt mit der Absicht, das Gerede vom Zusammenbruch unserer Partei zu widerlegen, und kommt zu einem Resultat, das aussieht, wie der Zusammenbruch der wissenschaftlichen Grundlagen unserer Partei.

b) Einzelne Theoretiker.

Hie und da nennt Cunow doch einzelne Namen. Einige Male Radek, einmal mich (oder vielmehr die Redaktion der „Neuen Zeit"), und einmal wendet er sich gegen die Erklärung der Fraktion vom 4. August, deren Verteidigung ihm doch am Herzen liegt. Es scheint mir, daß er in jedem dieser Fälle strenger urteilt als notwendig und aus den von ihm kritisierten Stellen Auffassungen herauslieſt, die sie nicht enthalten.

So wendet er sich zum Beispiel gegen Radek, der darauf hinwies, daß gleichzeitig mit dem Wettrüsten ein Versagen der Sozialreform in Deutschland eingesetzt habe, und bemerkte:

„Auch für einen Blinden ist es klar, daß zwischen den beiden Tatsachen, dem gänzlichen Versagen der Sozialreform und dem ununterbrochenen Rüsten ein Zusammenhang besteht."

Diese Auffassung erzürnt Cunow aufs höchste:

„Das ist angeblich marxistisch, tatsächlich ist es weit mehr botokudisch: denn in dieser Weise ziehen die Naturvölker ihre Schlüsse." (Seite 23.)

Nun, ich muß offen gestehen, gar so „botokudisch" erscheint mir der Satz doch nicht.

Cunow behauptet ja gar nicht, daß Radeks Behauptung falsch sei:

„Ich will damit keineswegs bestreiten, daß nicht doch vielleicht in dieser oder jener Hinsicht ein Zusammenhang zwischen Imperialismus und Sozialreform besteht oder bestehen kann." (Seite 23.)

Es erscheint mir sogar sicher, daß ein solcher besteht. Zunächst ein unmittelbarer. Das Wettrüsten erfordert wachsende Aufwendungen des Staates, erhöhte Steuern. Eine Sozialreform erfordert aber zunächst auch Geldopfer, entweder des Staates oder der Unternehmer. Je mehr sie für Rüstungen auszugeben haben, desto unwilliger werden sie sein, etwas für Sozialreformen zu tun. Das schließt solche nicht absolut aus, erheischt jedoch einen höheren Druck der Arbeiterschaft, als sonst notwendig wäre.

Aber neben dem direkten Zusammenhang besteht noch ein anderer. Diejenigen Schichten und Interessen, die das Wettrüsten fördern, das sind dieselben, die glauben, dem Streben der Arbeiterschaft nach Verbesserung ihrer Lebensbedingungen begegne man am besten nicht durch Konzessionen, sondern durch vermehrten Gegendruck. Diese Schichten erstarken mit dem Fortschreiten des Finanzkapitals. So erwachsen das Wettrüsten und das Versagen der Sozialreform aus dem gleichen Stamme.

Ich glaube also, daß der Satz Radeks einen ganz guten Sinn hat. Was beanstandet Cunow daran als „botokudisch?" Daß

„auf Grund der bloßen Aufeinanderfolge oder gar des bloßen Nebeneinanderauftretens zweier oder mehrerer Erscheinungen kurzweg ein Kausalzusammenhang zwischen diesen Erscheinungen konstruiert wird". (Seite 25.)

Eine derartige Schlußfolgerung ist sicher falsch, aber nichts zwingt anzunehmen, daß ein solcher Fehler hier vorliegt. Freilich, Radek zeigt den Zusammenhang nicht, seine Auffassung könnte daraus entspringen, daß ihm das Zusammentreffen zweier Erscheinungen genüge, ihren Zusammenhang zu konstruieren, aber nichts berechtigt zu der Feststellung, daß seine Auffassung tatsächlich daraus entspringt. Schon Marx hat darauf hingewiesen, wie verfehlt es ist, die Darstellungsweise mit der Forschungsweise zu identifizieren.

Die Radekſche Bemerkung, daß der Zuſammenhang „auch für einen Blinden klar", alſo nicht erſt zu erforſchen ſei, iſt ſicher abgeſchmackt, eine der vielen abgeſchmackten Uebertreibungen, die er liebt. Aber es iſt nicht minder übertrieben, deswegen das Radekſche Denken als „botokudiſch" zu kennzeichnen und gar dieſen einen Paſſus als ausreichenden Beweis dafür anzuführen, daß wir marxiſtiſchen Theoretiker „gewöhnlich"

„rein empiriſch-kombinatoriſch verfahren, das heißt, die Erſcheinungen werden einfach ſo, wie ſie ſich der oberflächlichen Beachtung darſtellen, alſo ohne jede eindringende Analyſe, als gegebene Tatſachen betrachtet und dann daraufhin, daß ſie zeitlich aufeinander folgten oder gleichzeitig nebeneinander auftraten, ohne weiteres geſchloſſen, daß ſie in einem Kauſalnexus zueinander ſtehen, die eine die Wirkung des andern iſt". (Seite 22.)

Kein Zweifel, derartiges kommt vor. Aber weder muß der zitierte Radekſche Paſſus — und ein anderes Beiſpiel wird nicht vorgeführt — notwendig dieſem Fehler entſpringen, noch auch iſt eine derartige Oberflächlichkeit etwa ein beſonderes Kennzeichen, das ſich bei marxiſtiſchen Theoretikern „gewöhnlich" findet. Journaliſtiſche Oberflächlichkeit kennzeichnet unſere ganze Zeit, iſt in allen Lagern zu finden, um ſo mehr, je mehr die Journaliſtik Einfluß auf ihr Geiſtesleben übt. Warum gerade die Sozialdemokratie beſonders damit belaſten?

Und nun zu der Differenz Cunows mit mir. Er will zeigen, daß er ſchon vor zwanzig Jahren der Meinung war, daß „in unſerer Partei die Entwicklungsſtufe des Kapitalismus überſchätzt wird". Beweis dafür eine Meinungsverſchiedenheit zwiſchen ihm und mir über die Kolonialpolitik der Spanier auf den Philippinen, wo ſich 1896 die Tagalen empörten. Mir erſchien Japans Ausdehnung in Oſtaſien für wichtiger im Intereſſe der allgemeinen ökonomiſchen Entwicklung als die Feſthaltung des ſpaniſchen Kolonialbeſitzes dort. Cunow war anderer Meinung. Wer recht hatte, läßt ſich kaum mehr feſtſtellen, da die Philippinen heute weder ſpaniſcher noch japaniſcher, ſondern amerikaniſcher Beſitz ſind. Dabei äußerte ſich Cunow allerdings über die „Entfernung und Hinderniſſe, die uns noch vom Ziel trennen", aber es kam darob zu keiner erheblichen Diskuſſion zwiſchen ihm und mir.

Cunow konſtatierte am Schluſſe ſeines zweiten Artikels:

„Ein prinzipieller Gegenſatz zwiſchen der von der Redaktion in Heft 8 vertretenen Auffaſſung und der meinigen iſt in dieſer Frage, ſoweit ich zu erkennen vermag, nicht vorhanden. Das Ziel iſt das gleiche, nur über die Mittel, die am beſten und ſicherſten zum Ziele führen, beſtehen verſchiedene Anſichten. Der Unterſchied liegt, wie mir ſcheint, lediglich darin, daß Kautsky die kapitaliſtiſche Abwirtſchaftung in Weſteuropa für weiter vorgeſchritten hält wie ich." (Neue Zeit, XV, 1, Seite 810.)

Darauf erwiderte ich in einer Nachſchrift:

„Auch in dem letzterwähnten Punkte dürften unſere Differenzen nicht allzu groß ſein. Es ſcheint, daß ſie auf einem doppelten Mißverſtändnis beruhten. Wir verſtanden Cunow falſch, indem wir den Schluß ſeines Artikels dahin auffaßten, daß er die Politik Deutſchlands gegenüber Japan billige, was, wie ſich jetzt zu unſerer großen Befriedigung zeigt, nicht der Fall. Anderſeits ſcheint Cunow uns mißverſtanden zu haben, wenn wir die Notwendigkeit betonten, Oſtaſien dem Kapitalismus zu erſchließen. Dies bedeutet keineswegs ſofortigen Uebergang Oſtaſiens (das wurde vor 20 Jahren geſchrieben D. B.) zu kapitaliſtiſcher Produktion

und Einengung des Absatzmarktes für die europäische Industrie daselbst. Nehmen wir z. B. das mächtigste Mittel dieser Erschließung, den Bau von Eisenbahnen in China. Dies muß die Eisenindustrie Europas und Amerikas enorm fördern, aber auch den Absatz anderer Produkte, namentlich der Textilindustrie, bedeutend erweitern. . . .

Es ist richtig, daß Ostasien in dem Maße, in dem es in engeren Kontakt mit Europa kommt, nicht nur ein Markt, sondern auch ein Konkurrent Europas wird. Und in dem Moment, in dem die neuerwachende ostasiatische kapitalistische Industrie so weit erstarkt ist, daß sie anfängt, die europäische zurückzudrängen, schlägt die Totenglocke des europäischen Kapitalismus, denn zu dessen Lebensbedingungen gehört eine beständige Ausdehnung des Marktes, die hat aber dann ihr Ende erreicht. Wenn jedoch Cunow meint, eine Beschleunigung dieses Moments könnte ein vorzeitiges Ende der kapitalistischen Produktionsweise herbeiführen, ehe diese noch alle Vorbedingungen einer sozialistischen Produktionsweise entwickelt hat, so glauben wir, daß dieser Einwand, wenn er stichhaltig wäre, gegen jede Förderung der modernen ökonomischen Entwickelung gelten müßte, denn jede Beschleunigung derselben bringt das Ende des Kapitalismus näher. Zum Glück bedeutet aber jede Beschleunigung dieser Art auch eine raschere Entwickelung der Vorbedingungen des Sozialismus. Und gerade, weil wir diese noch nicht so allseitig und stark vorgeschritten finden, als wir wünschen, weil die Abwirtschaftung des Kapitals noch nicht weit genug gediehen ist, gerade darum halten wir jeden Schritt, der Ostasien dem Kapitalismus mehr eröffnet, für einen Schritt weiter zum Sozialismus in Europa."

Man sieht, in der Auffassung des tatsächlichen Standes der Dinge unterschied ich mich nicht wesentlich von Cunow. Nur stand ich der Entwickelung ungeduldiger gegenüber als er. Für die heutige Situation bringt natürlich die Auffassung der Dinge vor zwanzig Jahren keine große Erhellung.

Bleibt noch die Kritik der Fraktion. Cunow sagt darüber:

„In der Erklärung der Reichstagsfraktion vom 4. August heißt es, daß „jedes Volk das Recht auf nationale Selbständigkeit" habe — ein Satz, der uns gar nicht wundern kann, da selbstverständlich auch die Reichstagsfraktion nicht von der in unseren Reihen herrschenden Ideologie unberührt bleibt. Auch das soll marxistisch sein, obgleich es der Marxschen Methode direkt widerspricht, einfach aus frei konstruierten, unterstellten Rechts- oder Moralsätzen die Berechtigung irgendwelcher politischen Bestrebungen herzuleiten." (Seite 29.)

Hier möchte ich doch die Fraktion in Schutz nehmen. Es ist richtig, daß es unmarxistisch wäre, aus „frei konstruierten, unterstellten Rechts- oder Moralsätzen die Berechtigung irgendwelcher politischen Bestrebungen herzuleiten". Man kann auch die Berufung der Fraktion auf das Recht der Völker in diesem Sinne auffassen, es liegt jedoch nicht die mindeste Notwendigkeit vor, es zu tun.

Wäre mit dem Recht auf nationale Selbständigkeit ein „Naturrecht", ein „unveräußerliches Menschenrecht" gemeint, dann müßte man seine Formulierung sicher unmarxistisch nennen. Aber warum soll damit nicht jene Art Recht gemeint sein, die Marx selbst anerkennt, von der Cunow sagt:

„Für Marx von seinem entwickelungshistorischen Standpunkt aus gilt nur ein historisch bedingtes, sich aus den geschichtlichen Entwickelungstatsachen selbst ergebendes und mit diesen übereinstimmendes Recht."

Sehr richtig. Aber warum soll das von uns anerkannte Recht auf nationale Selbständigkeit nicht ein solches Recht sein? Tatsächlich wird das Recht und das Streben der Nationen in unserer Literatur als Produkt der

historischen Entwickelung behandelt. So z. B. von O. Bauer, so von mir in meiner Besprechung seines Buches, in der Abhandlung über „Nationalität und Internationalität“ (1. Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit“, 1908). Aber eine Fraktionserklärung ist keine historische Abhandlung. Sie durfte also auf die Motivierung des von ihr formulierten Rechtes wohl verzichten. Es ist kein Recht, das in den ewigen Sternen geschrieben steht, wohl aber eines, das aus dem demokratischen und internationalen Charakter unserer Partei und dem historisch gewordenen Wesen der modernen Demokratie hervorgeht und als solches von uns anzuerkennen und zu verfechten ist.

Cunow nimmt an der Formulierung des Rechts wohl vor allem deshalb Anstoß, weil es für jedes Volk gelten soll. Das ergibt sich aber als notwendige Folge des internationalen Charakters unserer Bewegung, die ebenso wie das Koalitionsrecht oder das allgemeine Wahlrecht so auch die nationale Selbständigkeit für jedes Volk in gleicher Weise fordern muß. Nur auf dieser Basis ist die Internationale möglich, und als Grundsatz der Internationale wurde am 4. August jenes Recht anerkannt. Der Wortlaut des Satzes lautet:

„Wir fühlen uns dabei (bei der Abwehr der Gefahren des Krieges) im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Uebereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen.“

Cunow zitiert selbst eine Abhandlung von Engels, in der dieser sagt:

„Seit dem Ausgang des Mittelalters arbeitet die Geschichte auf die Konstituierung Europas aus großen Nationalstaaten hin. Solche Staaten allein sind die normale politische Verfassung des europäischen herrschenden Bürgertums und sind ebenso unerläßliche Vorbedingung zur Herstellung des harmonischen internationalen Zusammenwirkens der Völker, ohne welches die Herrschaft des Proletariats nicht bestehen kann. Um den internationalen Frieden zu sichern, müssen vorerst alle vermeidlichen nationalen Reibungen beseitigt, muß jedes Volk unabhängig und Herr im eigenen Hause sein.“

Etwas anderes behauptet der beanstandete Satz der Erklärung vom 4. August auch nicht. Ob man sagt, jedes Volk muß unabhängig sein oder jedes Volk hat ein Recht auf Unabhängigkeit, macht praktisch doch keinen Unterschied.

Natürlich meint Engels und meinen wir nicht, daß damit ein absolutes Recht gemeint sei. Für uns Marxisten ist alles relativ, auch die Grundsätze des Rechts und der Moral. Es kann wohl vorkommen, daß ein solcher Grundsatz mit einem anderen in Konflikt kommt und daß dann der niedere dem höheren weichen muß. Das Ganze steht höher als der Teil. Die einzelne Nation ist nur ein Teil eines größeren Ganzen, mag man dieses als die gesamte Menschheit oder nur als die Gesamtheit der Nationen kapitalistischer Kultur auffassen, die in engster Wechselwirkung miteinander stehen. Sollte das Streben nach Selbständigkeit einer Nation zu einer Hemmung des Fortschritts der Gesamtheit werden, dann müßten wir Sozialdemokraten jenem Streben wohl entgegentreten. Darauf weist Cunow mit Recht hin. Es dürfte jedoch nicht leicht sein, einen konkreten Fall zu finden, in dem das Streben eines Volkes nach Selbständigkeit den Fortschritt der Gesamtheit hemmte. Die Marxschen Bemerkungen aus dem Jahre 1849, auf die sich Cunow beruft, sind nicht sehr beweiskräftig, denn sie entstammen einem Irrtum von Marx.

Die österreichisch-ungarische Revolution war damals gescheitert an den Slawen, die sich, mit Ausnahme der Polen, gegen die Träger der Revolution, die Deutschen und Ungarn gewendet und dadurch konterrevolutionär gewirkt hatten.

Erbittert wandte sich daher Marx ebenso wie Engels gegen jene slawischen Völker. In ihrem Streben nach nationaler Selbständigkeit sah er eine Gefahr für die Revolution und es hätte auch als solche gewirkt, wenn die Revolution, die die gesamte Demokratie nach 1848 erwartete, sofort gekommen wäre. Sie kam aber nicht und daher gewann die Frage der nationalen Selbständigkeit der slawischen Völker ein anderes Gesicht. Sie haben dabei durch die Praxis gezeigt, daß Marx 1849 falsch sah, wenn er sie als bloße „Völkerruinen", bloßen „Völkerabfall" einschätzte, der „gänzlicher Vertilgung oder Entnationalisierung" entgegengehe, wie die Tschechen oder die österreichischen Südslawen.

Heute, wo jene Völkerschaften so große Kraft und Bedeutung erlangt haben, ihnen gegenüber sich auf den Marx von 1849 zu berufen, erscheint mir nicht sehr glücklich. Sollte jemand heute noch auf jenem Standpunkt stehen, der hätte allerdings umzulernen.

Noch ein Gesichtspunkt kommt hier in Betracht. Cunow wendet ein, die Anerkennung des Rechts eines jeden Volkes auf nationale Selbständigkeit widerspreche der historischen Entwickelung, denn diese melde, abgesehen von dem südöstlichen Europa während der letzten Jahrzehnte,

„nichts von einem nationalen Differenzierungs-, sondern von einem großen Amalgamierungsprozeß, von einer fortgesetzten Verschmelzung der kleinen Nationalitäten zu großen Kulturstaaten".

Sie meldet beides, und zwar nicht bloß aus dem südöstlichen Europa. Man denke an die „Differenzierung" zwischen Flämen und Wallonen in Belgien, an das Erstarken der Tschechen, der Letten, an die Differenzierung zwischen Schweden und Norwegern.

Daneben ist im Laufe der Geschichte, freilich nicht in den letzten Jahrzehnten, die Zusammenfassung verschiedener Nationen in großen Staaten vor sich gegangen, und eine Fortsetzung dieses Prozesses wird ein Bedürfnis. Aber der braucht keineswegs im Widerspruch zu stehen zu der Tendenz nach Unabhängigkeit der Nationen.

Cunow begeht hier den Fehler, daß er die Selbständigkeit der Nationen und ihre staatliche Selbständigkeit als gleichbedeutende Begriffe setzt. Das sind sie aber keineswegs. Das zeigt schon das Programm der österreichischen Sozialdemokratie, das die Autonomie der Nationen Oesterreichs ohne Sprengung ihres staatlichen Rahmens fordert.

Wenn die Erklärung der Fraktion für jedes Volk die staatliche Selbständigkeit forderte, dann hätte sie wohl zu viel verlangt. Aber sie verlangt für jedes Volk bloß das, was vom Standpunkt der internationalen Demokratie verlangt werden mußte, die nationale Selbständigkeit.

Möglich, daß ein Fall eintritt, in dem dieses Streben den Fortschritt des internationalen Proletariats hemmt. Auch dann brauchte es nicht unbedingt zurückgewiesen, sondern nur verlangt zu werden, daß es vertagt wird, bis die Arbeiterklasse die Macht erlangt hat. Denn diese wird und muß, ihren Existenzbedingungen gemäß, jedem Volk seine Selbständigkeit, seine Selbstverwaltung verleihen.

Sobald in einem Staate

„die sozialistische Partei an die Herrschaft kommt, kann sie diese weder ausüben noch festhalten, ohne die Ungerechtigkeiten wieder gutzumachen, die ihre Amtsvorgänger gegen andere Nationen begangen." (Engels, Der Sozialismus in Deutschland, Neue Zeit, X, 1, Seite 584.)

Die Frage der Nationalitäten ist sicher eine sehr schwierige und komplizierte. Sie hat auch schon eine ansehnliche marxistische Literatur hervorgerufen, auf die sich Cunow leider gar nicht bezieht. Er spricht auch hier immer nur von „so manchen Marxisten", „so manchen Theoretikern", die einzige bestimmte Aeußerung, auf die er sich bezieht, ist der erwähnte Satz der Fraktionserklärung. Von diesem einen Satz kann man nicht verlangen, daß er alle Schwierigkeiten des Nationalitätenproblems umfaßt und darlegt. Er genügt, wenn er unseren Anschauungen und den Forderungen der Situation entspricht. Das tut er. Er ist in der ganzen Erklärung der wichtigste Satz, er begründet kurz das Friedensprogramm, auf das wir verpflichtet sind.

Daß Cunow, trotzdem er seine Broschüre schrieb, die Fraktion zu verteidigen, auf ihre Erklärung nur zu sprechen kommt, um sie anzugreifen, ist sicher ein Ergebnis wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit. Aber eine Erleichterung unserer Friedenspropaganda bildet es wahrlich nicht, wenn Cunow meint, gerade jetzt sei der richtige Zeitpunkt, in einer populären Broschüre eine „gewisse zwangsweise Einverleibung oder Auffaugung" der kleinen „verkrüppelten" Nationchen „durch die großen Kulturnationen" „unter gewissen Umständen für berechtigt" zu erklären.

Der Grundfehler seiner Schrift, sich nur in allgemeinen Andeutungen zu bewegen, kann hier Konsequenzen nach sich ziehen, die dem Verfasser selbst sehr unangenehm würden. Kam er auf diese Frage zu sprechen, dann mußte er zum mindesten jene „gewissen Umstände" klar darlegen und sie nicht ganz im ungewissen lassen.

c) Unsere Illusionen.

Cunow geht von der Opposition aus, die sich gegen die Bewilligung der Kriegskredite durch unsere Reichstagsfraktion erhob, und wendet sich gegen die Behauptung, jene Bewilligung bedeute den Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie.

„Weshalb? Streift man von dieser Behauptung die zur bloßen Verzierung dienende Phraseologie ab, so ergibt sich als letzter Grund: Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht den Erwartungen entsprochen, die wir (die Betreffenden) an sie gestellt haben; sie hat nicht gegen die Kriegskredite gestimmt, keinen General- oder Massenstreik gemacht, sich nicht gegen die Truppenaushebungen aufgelehnt usw. Ebenso ist nicht, wie wir früher glaubten, schon in den ersten Wochen nach dem Kriegsausbruch die kapitalistische Wirtschaft elend zusammengebrochen, keine Volkserhebung und keine Aufrichtung irgendeines sozialistischen Regiments erfolgt. Alles ist bisher anders verlaufen, als wir dachten!

Eine sonderbare Logik — um so sonderbarer, wenn sich die Betreffenden obendrein auf die Marxsche Geschichtstheorie berufen. Weil sich ein Teil der sozialistischen Intellektuellen in seinen Erwartungen getäuscht findet, weil die geschichtlichen Ereignisse sich nicht nach ihren Illusionen gerichtet haben — deshalb ist nach ihrer Ansicht die deutsche Sozialdemokratie zusammengebrochen und kann nicht mehr als wesentlicher Faktor der internationalen sozialistischen Bewegung gelten. . . . Aus der Nichtübereinstimmung ihrer Erwartungen, ihrer Ideologie

mit den geschichtlichen Vorgängen schließen die Betreffenden nicht, daß ihre Ideologie auf ein verkehrtes Geleise geraten ist, sondern kurzweg, daß die Geschichte eine unrichtige Bahn eingeschlagen hat: eine Folgerung, die einfach unterstellt, nicht die politische Ideologie hätte sich nach dem Entwickelungsverlauf zu richten und in diesem ihre Korrektur, ihre Richtigstellung zu finden, sondern umgekehrt, der Geschichtsverlauf mußte sich der Ideologie bzw. den politischen Illusionen anpassen. Die in der materialistischen Geschichtsauffassung begründete Folgerung, daß gegenüber der Ideologie die Geschichte immer recht hat, ist diesen Genossen anscheinend noch gar nicht in ihrer Bedeutung klar geworden, trotz ihrer häufigen Berufungen auf die Marxsche Geschichtslehre." (Seite 3—5.)

Wer „diese Genossen" sind, sagt leider Cunow nicht, er zitiert auch keinen einzigen ihrer Sätze, der ihre Anschauungen in ihren eigenen Worten darlegte. Nun habe ich schon vor dem Kriege mit einigen „dieser Genossen", die hier offenbar gemeint sind, manchen Strauß ausgefochten, gerade wegen einzelner der Erwartungen, von denen Cunow hier konstatiert, daß sie sich als Illusionen erwiesen haben. Aber bei keinem der Betreffenden fand ich alle jene Erwartungen, gegen die sich hier Cunow wendet. Auflehnung gegen Truppenaushebungen hat keiner erwartet oder verlangt. Andere Erwartungen waren wieder allgemein verbreitet, sogar in bürgerlichen Kreisen, wo man der Panik bei Ausbruch des Krieges mit Zähneklappern entgegensah. Und welche der kriegführenden Regierungen war frei davon, bei dem Gegner Volkserhebungen nach dem Kriegsausbruch zu erwarten? Endlich gibt es eine ganze Reihe von Gegnern der Bewilligung von Kriegskrediten, die sich von den Illusionen auf Massenstreik nach Kriegsbeginn ganz frei gehalten hatten. Es dürfte kein Mensch zu finden sein, dem der Krieg nicht Ueberraschungen gebracht hätte.

Also Erwartungen, die sich nicht erfüllten, sind keineswegs ein kennzeichnendes Merkmal gerade der Opposition gegen die Kriegskredite. Aus der Darstellung bei Cunow könnte man jedoch den Glauben gewinnen, als wären die Kritiker der Fraktion die einzigen gewesen, die Illusionen gehegt hatten.

Das will nun Cunow freilich nicht sagen. Er wirft ihnen nur vor, daß sie aus dem Zusammenbruch ihrer Illusionen nichts lernen wollten, und daß sie statt zu gestehen, daß sie sich getäuscht hatten, und nach den Ursachen dieser Täuschung zu suchen, sich in wilden Anklagen gegen unsere Partei ergingen und diese für Enttäuschungen verantwortlich machten. Ein Marxist müsse ganz anders operieren. Es müsse sich ihm die Frage aufdrängen:

„Wieweit war ich zu meinen Erwartungen geschichtlich berechtigt? Habe ich nicht vielleicht einzelne Entwickelungsmomente falsch beurteilt? Vielleicht sogar die ganze heutige kapitalistische Wirtschaftsentwickelung und die Fortschritte der sozialistischen Bewegung gründlich überschätzt und daher grundlose Illusionen in mir großgezogen?" (Seite 4.)

Cunow hat ganz recht, soweit es sich um Erwartungen handelt. Ohne Erwartungen oder „Prophezeiungen" kann keine Partei auskommen, überhaupt kein Mensch handeln. Sein ganzes Handeln wird bedingt von dem Bild, das er sich von den Situationen entwirft, die ihm bevorstehen. Unser Handeln ist stets Vorbereitung der Zukunft, also auch abhängig von den Erwartungen der Zukunft. Der Landmann, der im Herbst auf dem Acker pflügt und sät, tut das, weil er das Frühjahr und den Sommer erwartet.

Es gibt aber wohl niemand, der bei seiner Vorbereitung der Zukunft nicht Enttäuschungen erlebte. Am allerwenigsten ist eine Partei dagegen gefeit, die eine so weite und große Zukunft vorbereitet wie die unsere. Treten solche Enttäuschungen ein, dann hilft freilich alles Jammern und Fluchen nichts, dann heißt es die neue Situation erkennen und das Handeln ihr entsprechend anpassen. Ist die junge Saat im Winter erfroren, dann muß man im Frühjahr eben suchen, rasch an ihrer Stelle etwas anderes zu pflanzen.

Darin hat Cunow ganz recht. Aber er übersieht, daß sich seine Ausführungen über Illusionen nicht bloß gegen Erwartungen richten, die sich nicht erfüllten, sondern auch gegen bestimmte Handlungen. Eine solche ist die Abstimmung über die Kriegskredite. Auch auf diese erstreckt er seinen Satz, daß „gegenüber der Ideologie die Geschichte immer recht hat".

Nun wird Cunow dies doch nicht in dem Sinne auffassen wollen, daß eine Handlung mit dem Augenblick, von dem an sie der Geschichte angehört, von selbst zu einer „richtigen" wird, daß Parteien nie unrichtig handeln, nie eine Dummheit machen, nie ihre Ziele aus dem Auge verlieren. Tatsächlich rechtfertigt aber Cunow die Bewilligung der Kriegskredite nur mit dem Satz, daß „die Geschichte immer recht hat".

Erwartungen hegen wir in bezug auf Verhältnisse oder Ereignisse, die wir nicht beeinflussen können. Unsere eigenen Handlungen erwarten wir nicht, wir setzen sie, und zwar nach unseren Zwecken. Das Geschehen der Welt, also auch die Geschichte, hat keinen Zweck, sie hat daher auch weder recht noch unrecht. Aber die Menschen — und schon niedere tierische Organismen — setzen sich Zwecke und handeln, um diese Zwecke zu erreichen. An ihren Zwecken wird ihr Handeln gemessen und als richtig oder falsch beurteilt, je nachdem es zweckmäßig ist oder nicht oder der besondere Zweck, dem es dient, mit dem allgemeinen Zwecke vereinbar ist, den der Organismus sich setzt.

Das gilt natürlich auch von Organisationen wie von Individuen, also auch von Parteien. Sie haben keineswegs immer recht, und die Marxsche Geschichtslehre verbietet nicht im geringsten ihre Kritik. Marx und Engels selbst haben an historischem Geschehen zeitweise die strengste Kritik geübt.

So entstand auch gegenüber der Bewilligung der Kriegskredite die Frage: entspricht sie den Zwecken, die sich unsere Partei gesetzt hat? Wenn man diese Frage verneint, kann man die Unzweckmäßigkeit der Handlung wieder auf zweierlei Arten erklären. Entweder durch einen Irrtum, durch ein Verkennen der Situation und ihrer Konsequenzen oder durch ein Aufgeben des bisherigen Zwecks der Partei.

Alles das kann hinter der Bewilligung stecken. Es muß jedoch nicht dahinter stecken. Meines Erachtens ist die wirkliche Bedeutung dieses Aktes nicht einwandfrei festzustellen, wenn man ihn als isoliertes Geschehen betrachtet. Erst im Zusammenhang mit der Gesamthaltung der Partei tritt er in sein wahres Licht.

Tatsache ist aber, daß nicht nur Kritiker, sondern auch Lobredner der Fraktion in der Bewilligung der Kriegskredite ein Verlassen des bisherigen Bodens der Partei und einen Zusammenbruch ihrer bisherigen Taktik gesehen haben. Sie unterscheiden sich von jenen nur dadurch, daß ihnen das-

selbe als etwas Hocherfreuliches erscheint, was die andern als etwas Tiefschmerzliches bedauern.

Als Grund dafür, daß die Fraktion am 4. August angeblich den bisherigen Boden der Partei verlassen, gibt diese Art ihrer Verteidiger den Zusammenbruch an, den ihre bisherige Auffassung und die darauf begründete Taktik erlitten habe. Diese Auffassung habe sich als eine illusionäre erwiesen.

Das ist sicher nicht Cunows Ansicht — nach seiner ganzen bisherigen Haltung zu schließen. Aber in seinem Broschürchen ist keine Zeile zu finden, die darüber Aufschluß gäbe, und da er die Bewilligung der Kriegskredite ebenfalls in Zusammenhang bringt mit dem Zusammenbrechen von Parteiillusionen, lenkt er, ohne es zu wollen, Wasser auf die Mühle derjenigen, die in die Welt hinausschreien, der Krieg habe unsere sozialistischen und internationalen Anschauungen als leere Illusionen erwiesen, und die Partei sei als Organisation nur deshalb nicht zusammengebrochen, weil sie den Zusammenbruch ihrer sozialistischen Erwartungen erkannt und ihm Rechnung getragen habe. Schon glaubt das „Berliner Tageblatt" Cunows Schrift begrüßen zu müssen. — Mir tut es in der Seele weh, Heinrich, daß ich Dich in der Gesellschaft seh'. (Fortsetzung folgt.)

Zur Charakteristik der englischen Arbeiterbewegung.

Von O. Jenssen.

Das britische Inselreich steht augenblicklich im Mittelpunkt des politischen Interesses. Es gehört sozusagen zum guten Ton, sich über englischen Krämergeist usw. zu entrüsten. Der herrschende „Pauschalhaß" gegen das gesamte englische Volk ist eben so verbreitet wie die Unkenntnis über die Eigenart der sozialen Entwickelung Englands und über die verschiedenen Klassen und Gruppen der Bevölkerung Großbritanniens.

Mit Interesse ist daher jedes Buch zu begrüßen, das sich bemüht, den deutschen Leser mit den gesellschaftlichen Verhältnissen Englands bekanntzumachen, da die deutsche Literatur zur britischen Sozialgeschichte nicht umfangreich und vor allem sehr tendenziös ist.

Die erste umfassende Geschichte der britischen Arbeiterbewegung gab uns Genosse Beer in seiner „Geschichte des Sozialismus in England". Fast das gleiche Thema behandelt Gerhart Güttler in seinem Werk: „Die englische Arbeiterpartei"[1]. Im Vorwort schreibt Güttler: „Das Erscheinen des Buches von M. Beer . . . veranlaßte den Verfasser zu erheblichen Kürzungen und bewog ihn, sich im wesentlichen auf die nachchartistische Zeit zu beschränken, die von Beer nur kurz behandelt wird . . ." Man erwartet danach eine ausführliche Darstellung vor allem der sozialistischen Bewegung der 80er Jahre und der Entwickelung der Labour Party und der jetzt so vielgenannten Independent Labour Party (I. L. P.) während der etwa 20 Jahre ihres Bestehens. Vergleicht man jedoch die Darstellung Güttlers mit den betreffenden

[1] Gerhart Güttler, Die englische Arbeiterpartei. Ein Beitrag zur Geschichte und Theorie der politischen Arbeiterbewegung in England. Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1914. 210 Seiten, 6 Mark.